

ENERGY TRANSITION: EVERYBODY IS AFFECTED
SO **EVERYBODY SHOULD BE HEARD!**



BERICHT

Faire Energiewende für Alle Finale Vorschläge

Ergebnisse der Dialoge über die Energiewende mit
Bürger*innen und Expert*innen

Nationaler Bericht Deutschland - Oktober 2022

www.fair-energy-transition.eu

Jakob Hoffmann, Andreas Schneller, Christian Kluge, Carolin Piras, Richard
Steinberg, Jennifer Rübél

In cooperation with

OPEN SOCIETY
EUROPEAN POLICY
INSTITUTE



Network of
European
Foundations

STIFTUNG
MERCATOR



IKEA Foundation



Fondazione
CARIPLO 

Dieser nationale Bericht ist Teil des Projekts "Faire Energiewende für Alle" (Englisch: Fair Energy Transition for All (FETA)). FETA basiert auf Fokusgruppenforschung, die in neun europäischen Ländern durchgeführt wurde - Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Polen. FETA wird von einem Stiftungskonsortium unterstützt, das sich aus der Fondazione Cariplo, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, der IKEA-Stiftung, der König-Baudouin-Stiftung, der Stiftung Mercator, dem Network of European Foundations und den Open Society Foundations zusammensetzt. Das Projekt wird von der König-Baudouin-Stiftung geleitet und von ifok, Climate Outreach, dem European Policy Centre sowie von Vermittler*innen und Politikexpert*innen in den teilnehmenden Ländern durchgeführt. Nationale Partner in FETA sind Atanor und Levuur, ENEFFECT, Danish Board of Technology (DBT), ifok, Museo Nazionale della Scienza e della Tecnologia Leonardo da Vinci, Berenschot und die Universität Groningen, Missions Publiques, Polish Foundation for Energy Efficiency (FEWE), Instituto Sindical de Trabajo, Ambiente y Salud (ISTAS).

Wenn Sie an einer zusammenfassenden Veröffentlichung aller Länder und an weiteren Informationen über das Projekt und die Methodik interessiert sind, besuchen Sie bitte die Website der FETA: <https://fair-energy-transition.eu/what-vulnerable-people-have-to-say/>.

Zitierung: Hoffmann J.; Schneller A. Kluge C.; Piras C.; Steinberg C. and Rübel C. 2022: Faire Energiewende für Alle. Nationaler Bericht Deutschland: Ergebnisse der Dialoge über die Energiewende mit Bürger:innen und Expert:innen . Berlin: adelphi consult GmbH.

Herausgeber: adelphi consult GmbH
Alt-Moabit 91
10559 Berlin
+49 (030) 8900068-0
office@adelphi.de
www.adelphi.de

Autoren: Jakob Hoffmann, Andreas Schneller, Christian Kluge, Carolin Piras,
Richard Steinberg, Jennifer Rübel

Stand: Oktober 2022

© 2022 adelphi

Inhalte

Zusammenfassung	4
1 Überblick	6
1.1 Methodik	6
1.2 Personas	7
2 Regulatorischer Kontext und Empfehlungen	10
2.1 Regulatorische Kontext	10
2.2 Regulatorische Empfehlungen	14
2.2.1 Regulatorische Empfehlungen für den Bereich „Verkehr“	14
2.2.2 Regulatorische Empfehlungen für den Bereich „Wohnen“	17
2.3 Kommunikation	21
2.4 Weitere Erkenntnisse, Empfehlungen und Beobachtungen	22
3 Danksagungen	23
4 Anhang	25

Zusammenfassung

Um der Klimakrise zu begegnen, bedarf es einer ambitionierten und verbindlichen Klimaschutzpolitik, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die Bundesregierung hat sich im Einklang mit dem Pariser Abkommen ehrgeizige Ziele zur Emissionssenkung gesetzt. Die sogenannte Energiewende, der Transformationsprozess hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, ist aufgrund der weitreichenden Veränderungen, die damit verbunden sind, auf eine breite öffentliche Akzeptanz angewiesen. Soziale Sicherheit, die Abfederung von Verteilungseffekten und Beschäftigungsperspektiven für alle Bürger*innen sind die Grundlage für eine breite Unterstützung einer ambitionierten Klimaschutzpolitik. In der öffentlichen Debatte werden jedoch zunehmend Befürchtungen über ungleiche und ungerechte Wirkungen der politischen Instrumente geäußert, die im Rahmen der nationalen Klimapolitik eingesetzt werden. Um mehr öffentliche Akzeptanz in Deutschland zu erreichen, sollte die Lastenverteilung von klimapolitischen Maßnahmen in der Energiepolitik nicht im Widerspruch zu grundlegenden Gerechtigkeitsvorstellungen stehen.

In diesem Zusammenhang verfolgt das Projekt "Faire Energiewende für Alle" (Englisch: Fair Energy Transition for All (FETA)) zwei ehrgeizige und neuartige Ziele. Es soll dazu beitragen, eine Politik zu entwerfen, die nicht nur die schwerwiegenden Auswirkungen des Klimawandels abmildert, sondern auch die Interessen derjenigen berücksichtigt, deren Stimmen in der Regel in Politik und Entscheidungsfindung nicht vertreten sind oder nicht gehört werden. Dies ist von entscheidender Bedeutung, wenn wir die internationalen Ziele zur Reduzierung der Treibhausgase erreichen und gleichzeitig die Verfestigung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit vermeiden wollen.

Im Rahmen dieses Projekts wurden über zwei Jahre hinweg insgesamt 90 Fokusgruppen in neun EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Deutschland, Niederlande, Polen, Portugal und Rumänien) durchgeführt (Phase 1). Die Fokusgruppen setzten sich aus Bürger*innen zusammen, die zu den wirtschaftlich schwachen und/oder sozial benachteiligten Gruppen gehören, die von der Klima- und Energiewende negativ betroffen sein werden. In Stakeholder-Sitzungen erarbeitete eine Mischung aus Stakeholdern und Expert*innen Gruppen aus dem öffentlichen Sektor und der Wissenschaft aus den Beiträgen der vulnerablen Gruppen konkrete und umsetzbare politische Empfehlungen (Phase 2). In einem letzten Schritt der Bürger*innenbeteiligung wurden die zuvor von den Stakeholdern erarbeiteten Politikempfehlungen von den Bürger*innen der einzelnen Länder im Forum Faire Energiewende überprüft und finalisiert (Phase 3).

Der nachfolgende Bericht stellt die Ergebnisse des von 2021 bis 2022 in Deutschland durchgeführten FETA-Projekts für jede der drei zuvor beschriebenen Umsetzungsphasen dar.

Die von adelphi und ifok für den deutschen Kontext durchgeführte Analyse konzentrierte sich auf vulnerable Haushalte, die durch Energiekosten besonders stark belastet werden, insbesondere einkommensschwache Haushalte und Sozialhilfeempfänger, die regelmäßig einen größeren Anteil ihres Einkommens für ihren Energiebedarf aufwenden müssen als wohlhabende Haushalte (regressiver Effekt). Aber auch andere vulnerable Gruppen wie Bewohner*innen schlecht gedämmter Häuser oder Nutzer*innen veralteter Heizungsanlagen, wurden in die Analyse einbezogen und waren Teil der Fokusgruppenteilnehmer*innen. Darüber hinaus wurde auch der breitere deutsche Diskurs über gerechte Transition und soziale Gerechtigkeit im Transformationsprozess durch eine Literaturrecherche berücksichtigt.

Insgesamt diskutierten die beteiligten Bürger*innen intensiv über die Maßnahmen für eine gerechte Energiewende und zeigten großes Interesse an dem Thema. Die intensiven Diskussionen, der rege Austausch und die unterschiedlichen Perspektiven der

Teilnehmenden zeigten, dass die Einbindung der vulnerablen Gruppen der Bevölkerung durch solche Dialogformate sehr wertvoll ist.

Grundsätzlich unterstützen die Teilnehmer*innen die vorgeschlagenen Maßnahmen in den Bereichen Wohnen und Mobilität, die in Kapitel 2.2 näher erläutert werden. Ein großer Teil der Teilnehmer*innen war sich auch einig, dass ein erheblicher Teil der Energie bereits durch Energieberatung eingespart werden kann, ohne dass dafür mehr Ressourcen eingesetzt werden. Insgesamt ist es sehr wichtig, individuelle Lösungen für die verschiedenen vulnerablen Gruppen zu entwickeln, um eine faire Energiewende zu schaffen.

1 Überblick

1.1 Methodik

Die Methodik des Projekts "Faire Energiewende für Alle" (Englisch: Fair Energy Transition for All (FETA)) basierte auf einem dreistufigen Ansatz: 1) Anhören der sozial und ökonomisch benachteiligten Menschen, 2) Entwicklung regulatorischer Politikempfehlungen auf der Grundlage deren Bedürfnisse, Hoffnungen und Ängste und 3) Einholen von Feedback der Zielgruppe zu diesen Politikempfehlungen. Dieser "Sandwich-Prozess" stellt sicher, dass die von Expert*innen formulierten politischen Empfehlungen auf den tatsächlichen Bedürfnissen der Zielgruppe basieren und am Ende von derselben Gruppe überprüft und kommentiert werden.

Phase 1: Fokusgruppen

Im ersten Schritt des Projekts führte die ifok GmbH neun Fokusgruppen mit 87 vulnerablen Menschen (aus ländlichen, städtischen und peripheren Regionen) in verschiedenen deutschen Städten durch. Um die Teilnehmer zu rekrutieren, wurden Organisationen kontaktiert, die mit der Zielgruppe arbeiten. Dabei handelte es sich zum Beispiel um Wohlfahrtsverbände oder Bildungseinrichtungen. Um die Workshops zu ermöglichen, besuchten wir die Zielgruppe in ihrem lokalen Umfeld, d. h. in einer Umgebung, die ihnen vertraut ist. Ziel der Fokusgruppen war es, die Herausforderungen zu verstehen, mit denen sozial und/oder wirtschaftlich benachteiligte Menschen in ihrem Alltag konfrontiert sind, und zu erfahren, was sie von der Energiewende erwarten. Im Mittelpunkt der Fokusgruppen stand das Format des "Energietagebuchs", das aus der wissenschaftlichen Literatur übernommen wurde, wo es zur Beschreibung von Energieszenarien in der Zukunft verwendet wird. Die Energietagebücher wurden von ifok und adelphi so angepasst, dass sie realistische energiepolitische Zukunftsszenarien für Deutschland im Jahr 2030 widerspiegeln. Durch die Diskussion dieser Energietagebücher erfuhren wir mehr über die Einstellungen, Hoffnungen und Ängste der Teilnehmer. Die beiden Hauptthemen, die diskutiert wurden, waren Wohnen und Verkehr.

Phase 2: Expert*innentreffen

Im zweiten Schritt des Projekts organisierte adelphi zwei Expert*innentreffen, um die Energiewende in Deutschland zu diskutieren, wobei der Fokus darauf lag, wie sozial und/ oder ökonomisch benachteiligte Gruppen betroffen sind und was sie für wichtig halten. Die Diskussionen basierten auf den Ergebnissen der deutschlandweit durchgeführten Fokusgruppen und der Entwicklung von Personas, die die Teilnehmer*innen repräsentieren. Die versammelten Expert*innen reflektierten über die Probleme und Kämpfe, mit denen vulnerable Bürger*innen in ihrem Alltag konfrontiert sind, und wie diese mit der Energiewende zusammenhängen. Ziel war es, den regulatorischen Status quo zu analysieren und darüber nachzudenken, welche Veränderungen notwendig sind, nicht nur, um die weiter gefassten Klimaziele zu erreichen, sondern auch, um sicherzustellen, dass vulnerable Gruppen in diesem Prozess nicht zurückgelassen werden. Unter diesen Gesichtspunkten wurden von den Expert*innen acht konkrete politische Empfehlungen formuliert.

Die Expert*innentreffen brachten eine bunte Mischung von Expert*innen mit sehr unterschiedlichem akademischem und beruflichem Hintergrund zusammen, die verschiedene Gesichtspunkte und Ansätze zu den Themen in die Diskussion einbrachten. Die Sitzungen wurden in einem Online-Format abgehalten und nutzten interaktive Web-Tools wie MIRO, um die Diskussion anzuregen und Live-Ergebnisse zu erzeugen.

Phase 3: Forum Faire Energiewende

Das vom ifok organisierte und von adelphi unterstützte Forum Faire Energiewende (Englisch: Fair Energy Forum (FEF)) bildete den letzten Schritt der Bürgerbeteiligungsphase des Projekts. Ziel des FEF war es, sicherzustellen, dass die in den Expert*innentreffen entwickelten Politikempfehlungen die Stimme der Zielgruppe repräsentieren. Aus diesem Grund war adelphi ein integraler Bestandteil des FEF. Das Forum bestand aus Bürger*innen, die an den Fokusgruppen teilgenommen hatten, sowie weiteren Betroffenen aus einer lokalen Organisation in Hannover, wo die Veranstaltung stattfand. Während des FEFs diskutierten, kommentierten und priorisierten die Teilnehmer*innen die politischen Empfehlungen.

Rückblickend hat sich die Methode, 1) den Betroffenen zuzuhören, 2) auf der Grundlage ihrer Hoffnungen und Befürchtungen Politikempfehlungen zu entwickeln und 3) von der Zielgruppe ein Feedback zu diesen Politikempfehlungen zu erhalten, sehr bewährt. Zu Beginn zeigten die Teilnehmer*innen großes Misstrauen gegenüber der Politik und empfanden einen Mangel an Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit. Am Ende des "Sandwich-Prozesses" hatten die meisten Teilnehmer*innen das Gefühl, dass ihre Stimme gehört und ernst genommen wurde.

1.2 Personas

Die Personas sollten spezifische Merkmale der Teilnehmer*innen der Fokusgruppen in Bezug auf Alter, Wohnort, Beschäftigungsstatus sowie spezifische Herausforderungen, mit denen sie im Rahmen der Energiewende konfrontiert sind, darstellen. Diese Personas wurden den Teilnehmer*innen des Expert*innentreffens vorgestellt, um die Bedürfnisse der verschiedenen Personengruppen innerhalb der Zielgruppe besser zu veranschaulichen. Die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, waren grundlegend für die Gestaltung der politischen Empfehlungen.

Table 1: Überblick über die Personas.

Persona	Beschäftigung	Wohnort	Familiensituation	Unterkunft	Fortbewegung
1. Peter (45)	ohne Anstellung	städtisch	lebt allein	zur Miete	Fahrrad und ÖPNV
2. Ambra (30)	Mutter Vollzeit	städtisch	hat 3 Kinder	zur Miete	ÖPNV
3. Ali (19)	ohne Anstellung	Vorstadt	mehrere Geschwister	lebt mit Familie	ÖPNV
4. Michaela (28)	ohne Anstellung	ländlich	alleinerziehend (2 Kinder)	zur Miete	ÖPNV

Peter (45): "Politiker halten ihre Versprechen nicht ein. Ich erwarte nicht, dass sie uns unterstützen werden."

Was fordert er, um die Energiewende gerecht zu gestalten?

Die "Reichen" und Großunternehmen sollen für die Energiewende zahlen. Die Armen und Arbeitslosen haben im Vergleich zu den Reichen wenig Einfluss.

Was denkt er über die Energiewende?

Er versteht, dass die Energiewende wichtig ist. Er hat ein technisches Interesse an diesem Thema, insbesondere an der Elektromobilität. Allerdings ist er skeptisch, ob Elektromobilität die richtige Lösung ist.

Welchen Herausforderungen begegnet er in seinem täglichen Leben?

Das Gefühl, dass die Gesellschaft immer egoistischer wird, jeder muss für sich selbst kämpfen. Das Hartz-IV-System ist ungerecht. Er hat kein Vertrauen in die Politiker. Die soziale Ungleichheit ist ein großes Problem.

Ambra (30): "Energiesparen ist eine gute Sache, aber ich möchte meine Kinder nicht einschränken, indem ich weniger koche oder ihnen vorschreibe, kalt zu duschen."

Was fordert sie, um die Energiewende gerecht zu gestalten?

Familien und Kinder sollten unterstützt werden.

Was denkt sie über die Energiewende?

Eher neutral. Mit 3 Kindern hat die Familie einen hohen Energieverbrauch zu Hause. Die Waschmaschine läuft zweimal am Tag, es wird jeden Tag gekocht und die Kinder schauen gerne fern oder benutzen Tablets. Sie sieht keine Möglichkeit, diesen Verbrauch zu senken.

Welchen Herausforderungen begegnet sie im täglichen Leben?

Sprachbarrieren und die deutsche Bürokratie. Ihre Hauptsorge: ein gutes und komfortables Leben für ihre Kinder zu ermöglichen. Sie macht sich Sorgen über die steigenden Preise in den Geschäften.

Ali (19): "Ich vertraue Menschen, mit denen ich mich identifizieren kann. Greta Thunberg? Diese Person kenne ich nicht."

Was fordert er, um die Energiewende fair zu gestalten?

Er weiß nicht viel über die Energiewende und den Klimawandel. Er sagt, er vertraue Menschen, mit denen er sich identifizieren kann - und würde sich von ihnen informieren lassen.

Was denkt er über die Energiewende?

Neutral. Er versteht, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, hat sich aber bisher noch nicht viel damit beschäftigt. Er glaubt, dass viele Deutsche nicht auf ihr Auto verzichten werden und ist skeptisch gegenüber Carsharing.

Vor welchen Herausforderungen steht er in seinem täglichen Leben?

Er hat Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden. Er wohnt zu Hause bei seinen Eltern und mehreren Geschwistern und kann sich keine eigene Wohnung leisten. Er hat kein Vertrauen in die Politiker: "Sie sind alle korrupt".

Michaela (28): "Wo wir wohnen, gibt es kaum öffentliche Verkehrsmittel. An manchen Haltestellen gibt es nicht einmal Wartehäuschen. Mit meinen Kindern gehe ich hauptsächlich zu Fuß."

Was fordert sie, um die Energiewende fair zu gestalten?

Einen besseren öffentlichen Nahverkehr in ihrer Gemeinde. Sie kann sich nicht vorstellen, von zu Hause aus zu arbeiten oder Einkäufe zu bestellen. Menschen, vor allem Kinder, brauchen Bewegung und soziale Kontakte.

Was denkt sie über die Energiewende?

Sie hält den Klimawandel für ein wichtiges Thema. Der öffentliche Nahverkehr in ländlichen Gebieten muss neu gestaltet werden! Sie ist offen für die Erzeugung von eigenem Solarstrom (sie mag die Idee, Geld zu sparen).

Vor welchen Herausforderungen steht sie in ihrem Alltag?

Sie hat kein Auto und die Busse fahren unregelmäßig. Es ist schwer, mit zwei Kindern zurechtzukommen. Sie hat Schwierigkeiten, eine Arbeit zu finden und heizt weniger, um Geld zu sparen.

2 Regulatorischer Kontext und Empfehlungen

2.1 Regulatorische Kontext

In den Expert*innengesprächen wurde der politische und regulatorische Status quo in Deutschland diskutiert. Auf Basis dieser Diskussion wurden die aktuellen Ziele und Maßnahmen für den Verkehrs- und Mobilitätssektor, den Wohnungssektor sowie die relevanten Entlastungsmaßnahmen zusammengestellt und werden im Folgenden beschrieben. Beim regulatorischen Status quo ist zu unterscheiden zwischen den mittel- und langfristigen klima- und sozialpolitischen Zielen und deren Auswirkungen auf die vulnerablen Bürger*innen sowie den kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen, die im Zuge der Energiekrise umgesetzt wurden. Beides wurde bei den Treffen ausführlich diskutiert, insbesondere die Entlastungsmaßnahmen, wie sie am 8. April 2022 angekündigt wurden.

Verkehr und Mobilität

Elektrofahrzeuge

Die Subventionen für Elektro-Fahrzeuge wurden durch die "Innovationsprämie" erhöht und bleiben bis 2025 auf einem höheren Niveau. Änderungen im Steuerrecht machen es für Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen attraktiver, sich für ein Elektroauto zu entscheiden, wenn es privat genutzt wird. Dies wurde durch die Halbierung des zu versteuernden Werts des Autos erreicht.

Die Expert*innen erkannten zwar an, wie wichtig es ist, den Anteil der Elektro-Fahrzeuge zu erhöhen und den Verbrennungsmotor schrittweise abzuschaffen, doch gehen die derzeitigen Maßnahmen zur Förderung von Elektro-Fahrzeugen weitgehend an der Zielgruppe dieses Projekts vorbei. Einkommensschwache Bürger*innen kaufen selten fabrikneue Autos, bei denen sie von einem Kaufzuschuss profitieren könnten, und arbeiten auch nicht oft an Arbeitsplätzen, die einen Firmenwagen anbieten.

ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) und Züge

Eine Veränderung der modalen Anteile zugunsten der Schiene und des öffentlichen Verkehrs wird von der Regierung als entscheidend für die Erreichung der Ziele zur Verringerung des Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor angesehen. Ein Ziel ist die Verdoppelung der Zahl der Bahnreisenden bis 2030. Der öffentliche Verkehr, der in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen liegt, erhält mehr Mittel. Die Bundesmittel für den ÖPNV werden von 8,5 Mrd. € im Jahr 2018 auf 11,3 Mrd. € im Jahr 2030 erhöht. Die Regierung strebt auch die Digitalisierung des öffentlichen Verkehrs an und finanziert Innovationen wie verbesserte E-Ticketing- und Fahrgastinformationssysteme. Der Fernverkehr auf der Schiene wird durch das Programm "Deutschlandtakt" gestärkt, dass die Koordination zwischen den Zügen verbessern und so die Umsteige- und Reisezeiten verkürzen soll. Die Aufstockung der Mittel für die Schieneninfrastruktur, die Baukostenzuschüsse, die Aufstockung des Personals, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets, die strengere Regulierung der Billigflieger, neue Pilotprojekte für ÖPNV-Jahrestickets, 1 Mrd. € für Busse mit nicht-konventionellen Antrieben und die Zuschüsse nach

Ziele & Maßnahmen

Senkung des Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor um 20 % bis 2030 und 40 % bis 2050 (Basis 2005). Das für 2020 gesetzte Ziel einer Reduzierung um 10 % wurde verfehlt.

15 Mio. batteriebetriebene Elektrofahrzeuge auf den Straßen bis 2030.

Einführung eines CO₂ Preis von 25 €/tCO₂ im Jahr 2021 für den Verkehrssektor. Preiskorridor zwischen 55 € und 65 €/tCO₂ ab 2026.

dem "Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden" wurden im Rahmen des Corona Konjunkturpakets beschlossen und angekündigt.

Die Expert*innen begrüßen die verstärkten Investitionen in den ÖPNV und die Bahn, allerdings bleibt das starke Gefälle in Deutschland zwischen städtischen und ländlichen Verkehrs- und Mobilitätsangeboten ein zentrales Thema. In den Städten sei das Hauptproblem der Preis, und zwar der ständig steigende Preis für öffentliche Verkehrsmittel, der die Budgets der vulnerablen Bevölkerungsgruppen belastet. In den ländlichen Regionen sind die Preise zwar ebenfalls hoch, aber das Hauptproblem ist die fehlende Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel.

In den Plänen wird großen Hochgeschwindigkeits- und Fernverkehrsprojekten Vorrang eingeräumt, die von sozial und ökonomisch benachteiligten Bürger*innen in der Regel nicht genutzt werden. Vor allem in schlecht angebundenen ländlichen Gebieten gibt es keine geeigneten öffentlichen Verkehrsmittel, um wichtige Verkehrsknotenpunkte zu erreichen. Wenn man den Fernverkehr gegenüber dem Flugverkehr wettbewerbsfähiger macht, bleiben auch die meisten vulnerablen Bürger*innen außen vor.

Weitere Maßnahmen

Die erhöhte Pendlerpauschale wirkt als Anreiz mit dem Auto zu fahren und mindert den Preiseffekt, den die Einführung eines CO₂-Preises im Verkehrssektor haben sollte. Zwar profitieren auch pendelnde Bürger*innen mit geringerem Einkommen von dieser Änderung, aber die pauschale Politik wurde von den Expert*innen kritisch gesehen, da auch die Bürger*innen, die es sich leisten können, mehr für ihren Arbeitsweg zu bezahlen von der Regelung den falschen Anreiz bekommen.

Die Fahrradinfrastruktur ist auch in der Klimaschutzstrategie der Bundesregierung enthalten. Die Mittel für neue Infrastruktur wurden für die Jahre 2021-2023 um 900 Millionen Euro erhöht. Darin enthalten sind unter anderem Mittel für neue Radwege, Abstellanlagen und Sicherheitsinfrastruktur wie separate Ampeln und Trennwände.

Relevante Maßnahmen des Hilfspakets

Das Hilfspaket wurde offiziell am 8. April, also nach dem Expert*innentreffen, angekündigt. Allerdings waren bereits viele Gerüchte im Umlauf, was es ungefähr beinhalten könnte und wurden von den Expert*innen im Rahmen der Diskussion angesprochen. Diese konnten nicht im Detail besprochen werden, da die Einzelheiten noch nicht bekannt waren und sowohl wir als Organisator*innen als auch die Teilnehmer*innen es für das Beste hielten, mit Vermutungen und Spekulationen nicht zu sehr ins Detail zu gehen. Inzwischen wurden die Maßnahmen offiziell bestätigt und wir hielten es für äußerst wichtig sie hier aufzuführen, da sie eine direkte Reaktion auf die durch die Energiekrise und den Krieg in der Ukraine verursachte Inflation darstellen und sich auf unsere Zielgruppe sowie auf die von uns erörterten Sektoren konzentrieren. Die für den Verkehrssektor relevanten Maßnahmen lauten wie folgt:

- Die Energiesteuer auf Kraftstoffe wird für drei Monate gesenkt. Dadurch wird der Preis für Benzin um 30 Cent pro Liter und für Diesel um 14 Cent pro Liter gesenkt.
- Ermäßigte Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel. Mit dem "9-Euro-Ticket für 90 Tage" können alle Bürger*innen für 9 Euro ein 90 Tage lang gültiges Ticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel erwerben.
- Die Entfernungspauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) und die Mobilitätsprämie steigen auf 38 Cent (von 35 Cent).

Die Senkung der Kraftstoffkosten war bereits zum Zeitpunkt des Workshops ein Thema und wurde von den Expert*innen generell kritisch gesehen. Ähnlich wie die erhöhte Entfernungspauschale beeinträchtigt die pauschale Politik die wirtschaftlichen Preissignale, verringert die Anreize und verzögert den Umstieg auf kohlenstofffreundlichere Alternativen für diejenigen, die es sich kurz- und mittelfristig leisten könnten. Das 9-Euro-Ticket war noch nicht

Gegenstand der Diskussion und wurde daher bei der Sitzung nicht angesprochen. Die hohen Preise für öffentliche Verkehrsmittel wurden jedoch häufig als eine Belastung für sozial und/oder ökonomisch benachteiligte Menschen und als einer der wichtigsten Punkte genannt, die angegangen werden müssen. 9 Euro für 90 Tage sind ein drastischer Preisnachlass im Vergleich zu den normalen Preisen (in Berlin kostet eine Einzelfahrt 3 Euro) und sind für vulnerable Gruppen erschwinglich, aber auch niedrig genug, um potenziell neue Nutzer für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen.

Wohnungen

Bauen und Renovieren

Die Steigerung der Energieeffizienz (EE) im Gebäudebestand steht seit Anfang bis Mitte der 2000er Jahre im Mittelpunkt der Klima- und Energiepolitik in Deutschland. Trotzdem bleibt die Sanierungsrate von Altbauten mit weniger als 1 % niedrig. Ein großer Teil der Fördermittel für EE in Gebäuden fließt in Neubauten und nicht in die Sanierung des Gebäudebestands. Der Hauptansatz der Regierung ist hier die direkte Finanzierung, gesenkte Zinssätze für Renovierungskredite und Subventionen für die Kreditrückzahlung.

Nach Ansicht der Expert*innen sind Renovierungsstrategien die treibende Kraft bei der Bekämpfung struktureller Probleme wie der Energiearmut. Der derzeitige Ansatz der Regierung bedeutet jedoch, dass nur Hausbesitzer*innen und Vermieter*innen sich für eine Renovierung entscheiden können. Dies schließt die Zielgruppe unmittelbar aus, da die überwiegende Mehrheit der sozial und/oder ökonomisch benachteiligten Bürger*innen in Deutschland Mieter*innen sind. Die damit verbundenen Mieterhöhungen durch die "Modernisierungsumlage", bei der Vermieter*innen die Investitionskosten durch Mieterhöhungen wieder hereinholen können, sind zwar stark reguliert, gefährden aber dennoch vulnerable Gruppen. Die Regulierung verstärkt das Vermieter-Mieter-Dilemma, bei dem der Vermieter*innen die Investitionskosten nicht wieder hereinholen kann und somit keinen Anreiz hat zu investieren. Ein weiteres Problem besteht darin, dass sich die Renovierungskosten zwar nicht wesentlich von Gebäude zu Gebäude unterscheiden, dass aber die prozentuale Mieterhöhung, die Vermieter*innen von den Mieter*innen verlangen kann, in Gebäuden, in denen die Mieten bereits höher sind, natürlich größer ist. Daher sind die Gebäude mit niedrigen Mieten (die oft durch staatliche Vorschriften niedrig gehalten werden) im Hinblick auf die Amortisationszeiten am wenigsten attraktiv für eine Renovierung. Leider sind dies oft auch die Gebäude mit dem höchsten Einsparungspotenzial. Somit sind die finanziellen und sozialen/ökologischen Ziele nicht miteinander vereinbar.

Ziele & Maßnahmen

Senkung des Primärenergieverbrauchs außerhalb des Energiesektors um 55 % bis 2030 (im Vergleich zu 2008).

Reduzierung der CO₂-Emissionen im Gebäudesektor um 46 % bis 2030 (im Vergleich zu 2020).

Einführung eines CO₂-Preises von 25 €/tCO₂ im Jahr 2021 für den Gebäudesektor. Preiskorridor zwischen 55 € und 65 €/tCO₂ ab 2026.

Der Policy-Mix zur Erreichung von CO₂-Reduktionen im Gebäudesektor stützt sich auf drei Säulen: *Erneuerung von Heizungsanlagen, Finanzierung von energetischen Sanierungen* und verstärkte Information und Sensibilisierung durch *Energieberatungen*. Ein Kernpunkt der Diskussion war die Kostenteilung des CO₂-Preises zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen, da bei der derzeitigen Mietstruktur die Mieter die gesamten Kosten tragen würden.

Heizsysteme

Ähnlich wie im Bau- und Renovierungsbereich wird die Steigerung der Effizienz von Heizsystemen und die Umstellung auf erneuerbare Energien durch Zuschüsse und Subventionsprogramme gefördert. Die Strategie in diesem Sektor basiert auf der Erhöhung des Anteils der Heizung aus erneuerbaren Energien, einschließlich der Nutzung von Wärmepumpen und Solarthermie, der Einführung effizienter Fernwärmenetze und der Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK).

Die Expert*innen waren sich einig, dass vulnerable Gruppen in der Regel wenig oder gar keine Entscheidungsfreiheit bei der Wahl ihrer Heiztechnologie haben. Auch hier gilt das Vermieter-Mieter-Dilemma, da die Vermieter*innen die Investitionskosten tragen, während die Mieter*innen von einer effizienteren Heizung profitieren. Wie von den Expert*innen beschrieben, sind Heiz- und Renovierungsstrategien natürlich miteinander verknüpft; Bürger*innen, die in einer schlecht isolierten Wohnung leben, müssen mehr für die Heizung ausgeben, um den gleichen thermischen Komfort zu erreichen wie diejenigen, die in einer gut isolierten Wohnung leben. Wie in den Fokusgruppen beobachtet und von den Sachverständigen festgestellt wurde, ist dies eng mit dem Risiko der Energiearmut verbunden, da die Bürger*innen ihren Wärmekomfort verringern, um Geld zu sparen. Ein weiterer Punkt, den die Expert*innen ansprachen, war die Inelastizität des Wohnraums im Vergleich zur relativen Elastizität des Energieverbrauchs, einschließlich Heizung, sowie die Kreuzelastizität dieser beiden Güter. Wenn die Bürger*innen gezwungen sind mehr für ihre Wohnung zu bezahlen, tun sie dies, anstatt umzuziehen; wenn die Heizungspreise steigen, heizen sie einfach weniger, und wenn die Mietpreise steigen, reduzieren die Mieter*innen ihre Heizkosten, um die gestiegenen Mietkosten auszugleichen. Alles in allem wurde dies von den Expert*innengruppen aufgrund der negativen gesundheitlichen Auswirkungen, die das Leben in einer kalten Wohnung haben kann, äußerst kritisch gesehen.

Information und Sensibilisierung

Der neuste regulatorische Ansatz besteht darin, das Bewusstsein für Energieeffizienz zu schärfen und Informationen darüber zu verbreiten. Dies geschieht zum einen über Plattformen wie "Deutschland macht's effizient", die einen Überblick über Maßnahmen sowie leicht umsetzbare Änderungen, auch im Verhalten, bieten. Dazu gehören auch Energieberatungen, die die Bürger über die Verbraucherzentralen in Anspruch nehmen können.

Die Sachverständigen waren sich einig, dass die Hauptprobleme, mit denen sozial und/ oder ökonomisch benachteiligte Bürger*innen im Wohnungssektor konfrontiert sind, nicht auf Verhaltensmuster zurückzuführen sind, sondern auf die oben beschriebenen strukturellen Probleme. Tatsächlich müssen Verbraucher*innen, die in Energiearmut leben, ihren Energieverbrauch erhöhen und nicht weiter senken.

Maßnahmen des Hilfspakets

- Einmalige Energiepauschale in Höhe von 300 Euro.
- Zusätzliche Einmalzahlung für Familien in Höhe von 100 Euro pro Kind.
- 100 Euro Corona-Zuschuss für Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung.
- 20 Euro monatliche Soforthilfe für von Armut betroffene Kinder.
- Einmaliger Heizkostenzuschuss: 270 Euro für Wohngeldempfänger (für Haushalte mit zwei Personen: 350 Euro, jedes weitere Familienmitglied 70 Euro); 230 Euro für Auszubildende und Studierende, die Bafög erhalten.

Das Hilfspaket bot eine Reihe von finanziellen Entlastungsmaßnahmen für private Haushalte. Diese Maßnahmen waren zum Zeitpunkt des Expert*innentreffens noch nicht öffentlich, doch wurde das Konzept, Geld direkt in die Taschen der sozial und/ oder ökonomisch benachteiligten Bürger*innen zu stecken, allgemein positiv bewertet. Die 300-Euro-Einmalzahlung geht nur an aktive Steuerzahler*innen, was viele arbeitslose und damit

vulnerable Bürger*innen ausschließt. Sie wird jedoch im Rahmen des deutschen progressiven Steuersystems besteuert, so dass Geringverdiener mehr von dem Bonus behalten können als Besserverdiener.

2.2 Regulatorische Empfehlungen

Die politischen Empfehlungen wurden in den Expert*innentreffen auf der Grundlage des regulatorischen Status quo und einer Diskussion über die notwendigen Änderungen formuliert, die erforderlich sind, um weiter gefasste Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig sicherzustellen, dass sozial und/ oder ökonomisch benachteiligte Gruppen in diesem Prozess nicht zurückgelassen werden. Diese Empfehlungen wurden im FEF erörtert, um Rückmeldungen darüber zu erhalten, ob diese Maßnahmen die Bedürfnisse der Zielgruppen angemessen berücksichtigen. Im Folgenden werden die Politikempfehlungen für die einzelnen Sektoren (Verkehr und Wohnen) aufgelistet und mögliche Interessenkonflikte von den Expert*innen aufgezeigt, die Umsetzungsanforderungen aus Sicht der FEF-Teilnehmer*innen sowie mögliche Finanzierungsoptionen (siehe nachfolgende Tabellen und Anhang).

2.2.1 Regulatorische Empfehlungen für den Bereich „Verkehr“

Das Hauptziel im Verkehrswesen ist die Senkung der Kosten für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Expert*innengruppe war sich zwar einig, dass der öffentliche Verkehr zu teuer ist, aber die Ansätze zur Senkung der Preise sind unterschiedlich und sollten für verschiedene Gruppen unterschiedlich gehandhabt werden.

(1) Kostenlose öffentliche Verkehrsmittel

Diese Option ist die radikalste und für den Staat auch die teuerste. Der Ansatz ist natürlich sehr einfach und könnte an Bürger*innen gekoppelt werden, die bereits eine gewisse soziale Unterstützung erhalten. Wenn die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos oder zu einem symbolisch niedrigen Preis (z. B. 9 € für 90 Tage) angeboten werden, entfällt die Frage der Erschwinglichkeit völlig.

Wie bei allen zielgerichteten Programmen ist es schwierig, die gesamte Zielgruppe zu erreichen, vor allem, wenn es sich um vulnerable Gruppen handelt, die möglicherweise Schwierigkeiten mit Verwaltungsverfahren haben oder den staatlichen Behörden generell misstrauen. Die einzige Möglichkeit, ein solches Programm wirksam umzusetzen, besteht jedoch darin, Daten zu verwenden, die für die zuständige Behörde oder Agentur leicht zugänglich sind. Daher ist es ein Anfang, mit den Empfänger*innen von Sozialhilfeprogrammen zu beginnen und ein Haushaltseinkommen festzulegen, bei dem die Person(en) förderfähig werden. Wichtig ist, dass das Programm und die Anspruchsberechtigung so flexibel sind, dass auch Bürger*innen, die nicht unter diese beiden Ansätze fallen, die Möglichkeit haben, anspruchsberechtigt zu sein. Dies sollte über Gemeinde- und Sozialzentren und andere Organisationen geschehen, die mit vulnerablen Bürger*innen arbeiten und diesen beim Zugang zu einem Programm wie dem vorgeschlagenen helfen können.

Interessenskonflikt (Expert*innen)	Anforderungen an die Umsetzung (Zielgruppe)	Finanzierung (Expert*innen)
Ein Interessenkonflikt könnte sich daraus ergeben, wer für das Programm in Frage kommt,	Die Teilnehmer*innen des FEF wiesen darauf hin, dass die Umsetzung für alle	Eine solche Maßnahme wäre sehr kostspielig und würde die staatlichen öffentlichen

<p>d. h. wo die Schwelle liegt. Viele der vulnerablen Bürger*innen waren einfach Geringverdiener*innen, hatten aber keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Diese würden Gefahr laufen, von einem solchen Programm ausgeschlossen zu werden, obwohl ihr Budget durch die hohen Preise für öffentliche Verkehrsmittel belastet ist.</p>	<p>Verkehrsunternehmen in Deutschland einheitlich organisiert werden sollte, um Einschränkungen in der Nutzbarkeit durch mangelnde Konsistenz und unklare Ticketsysteme zu vermeiden. Es sollte auch sichergestellt werden, dass das Verkehrssystem ausgebaut wird, um die Kapazität der Fahrgäste zu erhöhen und ländliche Gebiete anzubinden, damit auch diese von dieser Politik profitieren können.</p>	<p>Verkehrsbetriebe belasten, die zur Finanzierung eines solchen Programms zusätzliche Mittel von den lokalen und föderalen Regierungen benötigen würden.</p>
--	---	---

(2) 365 Euro Tickets oder “Klimatickets”

Das 365-Euro-Ticket ist, wie der Name schon sagt, eine Jahreskarte für den öffentlichen Nahverkehr zum Preis von umgerechnet 1 Euro pro Tag. Dies ist ein stark subventionierter Preis im Vergleich zu anderen Großstädten in Deutschland. Selbst wenn man bedenkt, dass viele Städte subventionierte Preise für bestimmte soziale Gruppen wie Geringverdiener*innen und Rentner*innen haben, können die Preise für eine Jahreskarte eine große Belastung für sozial und/ oder finanziell benachteiligte Gruppen darstellen. Darüber hinaus kann der Erhalt eines subventionierten Tickets für Geringverdiener*innen mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden sein, z. B. mit langwierigen Antrags- und Genehmigungsverfahren oder der Notwendigkeit, bei jeder monatlichen Verlängerung einen Nachweis über die Anspruchsberechtigung vorzulegen.

Das "Klimaticket" ist ein Ansatz, der in Österreich bereits angewandt wird und sich möglicherweise besser für die Einbeziehung von Bürger*innen aus ländlichen Gebieten eignet. Auch wenn die Kosten höher sind als die 365 Euro, ermöglichen diese Tickets die Fahrt mit Regionalzügen. Beide Modelle können angewandt und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, nicht nur für besonders vulnerable Gruppen, und sie können den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr für alle Bürger attraktiver machen.

<p>Interessenskonflikt (Expert*innen)</p>	<p>Anforderungen an die Umsetzung (Zielgruppe)</p>	<p>Finanzierung (Expert*innen)</p>
<p>Der Interessenkonflikt ist derselbe oder ein ähnlicher wie der, der oben in Bezug auf den kostenlosen öffentlichen Verkehr diskutiert wurde. Die Akzeptanz könnte größer sein, weil die Programme auf die gesamte Bevölkerung ausgerichtet werden können und weil der gezahlte Preis immer noch nicht unbedeutend ist und die öffentlichen Kassen und die Bilanzen der</p>	<p>Die Bestimmungen für die Umsetzung ähneln denen, die von den FEF-Teilnehmer*innen für den kostenlosen öffentlichen Verkehr genannt wurden. Dennoch gibt es spezifische Bestimmungen für ein 365-Euro-Ticket, wie z. B. ein flexibles Zahlungssystem. Selbst bei niedrigen Kosten kann es sich die Zielgruppe oft nicht leisten, ein Jahresticket zu kaufen, sondern sollte die</p>	<p>Die Expert*innen schlugen eine Reihe von Finanzierungsmechanismen vor. Der erste ist die Verwendung der Einnahmen aus dem neu eingeführten CO₂-Preis, der sich auf den Verkehrssektor auswirkt. Dies könnte eine direkte Umverteilung des Wohlstands von Autofahrern zu Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel sein. Andere</p>

öffentlichen Verkehrsunternehmen weniger belastet werden.	Möglichkeit haben, auf Tages-, Wochen- oder Monatsbasis zu zahlen.	Umverteilungsmechanismen von den Autofahrern und damit den privaten Verkehrsträgern zu den öffentlichen Verkehrsträgern könnten die Erhöhung der KFZ-Steuer und die Erhöhung der Parkgebühren in deutschen Städten sein, die im EU-Vergleich extrem niedrig sind (in Berlin beträgt die jährliche Parkgebühr für einen Einwohner nur 10 €, in München 30 €, verglichen mit 1230 € in Stockholm und 535 € in Amsterdam. ¹
---	--	---

(3) Verbesserung der Fahrradinfrastruktur

Die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur umfasst den Bau und die Verbesserung von Radwegen, so dass sie vor Autofahrern geschützt, gut beleuchtet und leicht mit der sozialen Infrastruktur verbunden sind. Dazu gehören auch Dinge wie Fahrradabstellplätze auf öffentlichen Plätzen. Die Expert*innen schlagen vor, dass es zuverlässigere Radwegverbindungen geben muss und dass generell Strecken bis zu 5 km mit dem Fahrrad befahrbar sein sollten, sowohl in Städten als auch in ländlicheren Gebieten. Diese Maßnahme zielt nicht speziell auf benachteiligte Gruppen ab, kann aber ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Erhöhung ihrer Mobilität spielen und diese gleichzeitig dekarbonisieren.

Interessenskonflikt (Expert*innen)	Anforderungen an die Umsetzung (Zielgruppe)	Finanzierung (Expert*innen)
Die Interessenkonflikte im Zusammenhang mit dieser Politik wurden von den Expert*innen als gering eingeschätzt. Vor allem in ländlichen Gebieten, in denen viel Platz zur Verfügung steht, dürfte es keine großen Widerstände geben. Das heißt, vorausgesetzt, die Radwege sind sorgfältig geplant, verbinden soziale Brennpunkte und werden von der örtlichen Bevölkerung genutzt, andernfalls könnten sie als Verschwendung öffentlicher Mittel angesehen werden. In der Stadt können Radwege	Die Meinung der FEF-Teilnehmer*innen war ähnlich wie die der Expert*innen. Der Raum für Fußgänger, Fahrräder und Autos sollte gleichermaßen berücksichtigt und in ein Gesamtkonzept eingebettet werden, das auf die spezifischen Bedürfnisse der Menschen und des Stadtteils eingeht. Der Schutz vor anderem Verkehr sowie die Langlebigkeit und Instandhaltung von Radwegen sollten ebenfalls berücksichtigt werden.	Diese Maßnahmen könnten mit einer Mischung aus föderalen, regionalen und lokalen Mitteln finanziert werden. Auch hier würde es sich lohnen, die Zuweisung aus dem Bundeshaushalt zu erhöhen, da diese mit dem steigenden CO ₂ -Preis zunehmen wird.

¹ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2020_pp_verkehrswende_fuer_alle_bf_02.pdf

umstrittener sein, da der Platz begrenzter ist und oft Straßenraum umgewidmet wird, um einen neuen Radweg zu schaffen.		
--	--	--

(4) Umwidmung von öffentlichen Flächen

Bei diesem Aspekt der Debatte und der Empfehlung geht es darum, wie der öffentliche Raum verteilt wird und wer von dieser Verteilung profitiert. Hier wurden vor allem zwei Punkte angesprochen. Erstens, die Frage der Gerechtigkeit. Sollte so viel öffentlicher Raum in Form von Straßen und Parkplätzen für Autos reserviert werden? Dieser Status quo wirkt sich auf sozial und/ oder ökonomisch benachteiligte Bürger*innen aus, da sie oft keine Autos haben und daher nicht von dieser Raumaufteilung profitieren. Der zweite Punkt ist die Begrünung städtischer Räume, wo immer dies möglich ist. Eine Empfehlung lautet daher, den Raum in städtischen Gebieten neu zuzuweisen, weg von der Autoinfrastruktur, um mehr Grünflächen und soziale Treffpunkte zu schaffen. Dazu könnten völlig autofreie Straßen gehören, oder es könnte Geschäften und gastronomischen Betrieben gestattet werden, Parkplätze für kommerzielle Aktivitäten zu nutzen.

Interessenskonflikt (Expert*innen)	Anforderungen an die Umsetzung (Zielgruppe)	Finanzierung (Expert*innen)
Hier ergeben sich zwei wesentliche Punkte. Erstens der Konflikt mit Autofahrern, die auch vulnerable Bürger*innen sein können, die von der bestehenden Infrastruktur profitieren. Zweitens muss darauf geachtet werden, dass Stadtumbauprojekte auch dort durchgeführt werden, wo vulnerable Bürger*innen leben, und nicht nur in den Stadtzentren, aus denen diese Gruppe oft schon ausgepreist sind.	Ein wichtiger Aspekt für die FEF-Teilnehmer ist die Zugänglichkeit bzw. der barrierefreie Zugang, z.B. Rampen und Sitzmöglichkeiten für Behinderte. Bei der Umsetzung sollte auch die Pflege und Instandhaltung der Grünflächen berücksichtigt werden. Insgesamt sollte es ein Gesamtkonzept geben, das die Meinungen und Bedürfnisse aller Anwohner berücksichtigt.	Die Städte und Gemeinden müssen entscheiden, wo diese Projekte sinnvollerweise durchgeführt werden sollen. Auch wenn es keine unmittelbaren Möglichkeiten gibt, eine Rendite aus diesen Projekten zu erzielen, wird im Rahmen von Pilotprojekten untersucht, ob solche Gebiete den Fußgängerverkehr und die Verbraucherausgaben in diesen Gebieten erhöhen, ob höhere Ausgaben und Mehrwertsteuereinnahmen, attraktivere Gewerbeimmobilien und damit höhere Gewerbesteuereinnahmen dies zu einer attraktiven Investition für Kommunen machen können.

2.2.2 Regulatorische Empfehlungen für den Bereich „Wohnen“

Im Wohnungssektor waren die teilnehmenden Expert*innen mehrheitlich der Ansicht, dass Preissignale die wichtigsten Instrumente sind. Eine angemessene Bepreisung der externen Effekte fossiler Brennstoffe über den CO₂-Preis wird mittelfristig zu Verhaltensänderungen und neuen Investitionen führen. Die Regierung sollte zögern, die durch die CO₂-Bepreisung

erzeugten Preissignale und damit die steigenden Kosten für fossile Brennstoffe zu verzerren. Maßnahmen zum Schutz der Bürger*innen, die den Preisanstieg nicht verkraften können, müssen genau festlegen, wen sie erreichen sollen. Ziel sollte es sein, eine progressive Politik umzusetzen und die Energiewende als Mittel zur Umverteilung des Wohlstands zu nutzen.

(1) Basis-Energieversorgung

Die Expert*innen empfahlen eine Basis-Energieversorgung für alle Bürger*innen. Im Rahmen dieser Politik wird jedem Haushalt eine bestimmte Menge an KWh Energie kostenlos oder zu einem stark vergünstigten Preis zur Verfügung gestellt. Jede KWh, die über diese Grenze hinaus verbraucht wird, unterliegt einem Preis, der eine starke CO₂-Preiskomponente enthalten sollte. Die Menge der KWh sollten je nach Größe des Haushalts unterschiedlich sein. Vulnerable Haushalte verbrauchen in der Regel deutlich weniger Energie, und diese Politik würde sicherstellen, dass ihr grundlegender Energiebedarf, der zur Vermeidung gesundheitlicher und sozialer Probleme im Zusammenhang mit Energiearmut notwendig ist, gedeckt wird. Die Politik ist also insofern progressiv, als Haushalte mit einem höheren Energieverbrauch, der mit einem höheren Einkommen einhergeht, den höheren Energiepreis zu tragen hätten. Gleichzeitig stellt sie einen starken Anreiz für diese (einkommensstärkeren) Haushalte dar, ihren Energieverbrauch zu senken, um auch ihren Verbrauch auf die Energieuntergrenze zu senken. Dazu müssen die Preise oberhalb der Basisgrenze hoch genug sein, um als Preissignal zu wirken und vom Verbrauch oberhalb der Grenze abzuschrecken.

Interessenskonflikt (Expert*innen)	Anforderungen an die Umsetzung (Zielgruppe)	Finanzierung (Expert*innen)
<p>Wie bei jeder pauschalen Politik werden die Interessenkonflikte minimiert. Ähnlich wie bei einer pauschalen Klimadividende erhalten alle das Gleiche, aber einkommensschwache Haushalte mit einem geringeren Energieverbrauch würden überproportional profitieren. Zu Konflikten kann es kommen, wenn es darum geht, auf welchem Niveau die Grundversorgung festgelegt wird und wie hoch der Preis ist, wenn die Grundlast überschritten wird. Auch die Energieeinzelhandelsunternehmen müssten in diesen Prozess stark eingebunden werden, und die Vermeidung negativer Auswirkungen auf ihre Geschäftsmodelle und die Aufrechterhaltung eines gesunden Wettbewerbs im Einzelhandel müssten für die politischen Entscheidungsträger Priorität haben.</p>	<p>Es ist wichtig, den erhöhten Energiebedarf von chronisch kranken oder behinderten Menschen, Rentner*innen und Arbeitslosen in der Beihilfe zu berücksichtigen. Sie benötigen mehr Wärme und Strom, da sie mehr Zeit zu Hause verbringen und einen anderen Energiebedarf haben als der Durchschnittsbürger. Außerdem sollte geprüft werden, ob ein erhöhter Energieverbrauch mit dem Verhalten eines Mieters oder mit einer geringen Energieeffizienz der Wohnung zusammenhängt. Es sollten individuelle Stromzähler gewährleistet werden, um Nachteile zu vermeiden, die beispielsweise durch größere Wohnungen innerhalb eines Hauses entstehen, die den durchschnittlichen Energiebedarf erhöhen.</p>	<p>Die Finanzierung einer solchen Politik würde sich als komplexer erweisen als eine Pauschalzahlung an die Haushalte. Die Kosten für die Grundversorgung wären von den Strompreisen auf dem Großhandelsmarkt abhängig; die Kosten des Programms würden also schwanken, je nachdem, wann und wie weit im Voraus die Energie beschafft wird. Die Politik sollte über einen Mix aus verschiedenen Quellen finanziert werden, z. B. aus dem föderalen Haushaltsbudget (das die Einnahmen aus dem CO₂-Preis umfasst), und sollte durch Abgaben auf die über dem Grenzwert verbrauchte Energie quersubventioniert werden.</p>

(2) Energieeffiziente Renovierungen für benachteiligte Haushalte

Um die strukturellen Ursachen der Energiearmut zu beseitigen, von der sozial und ökonomisch benachteiligte Haushalte überproportional betroffen sind, sind mehr Investitionen in die Gebäudesanierung in den Wohnungen erforderlich, in denen vulnerable Bürger*innen leben. Wie im Abschnitt über den Status quo beschrieben, gibt es zwar viele Zuschüsse und Darlehensprogramme für Gebäudesanierungen und -nachrüstungen, doch reichen diese oft nicht aus, um Investitionen in den Gebäudebestand mit den niedrigsten Mieten anzuregen. Eine Abwälzung der Kosten würde den finanziellen Druck auf vulnerable Haushalte erhöhen und sie in vielen Fällen zum Umzug zwingen. Daher muss die Regierung eingreifen. Ein Ansatz wären Direktinvestitionen der Regierung, die gezielt in die Renovierung von Gebäuden und Häusern vulnerable Bürger*innen fließen. Dies würde natürlich den Wert des Vermögens der Vermieter*innen erhöhen, daher sollte die Investition in Form eines Zuschusses erfolgen, unter der Bedingung, dass die Vermieter*innen die Mieten nicht erhöhen. Sollten die Vermögenswerte in Zukunft verkauft oder zu einem höheren Preis vermietet werden, sollten die Vermieter*innen zumindest teilweise zur Rückzahlung an den Staat verpflichtet sein.

Interessenskonflikt (Expert*innen)	Anforderungen an die Umsetzung (Zielgruppe)	Finanzierung (Expert*innen)
Da sozial und ökonomisch benachteiligte Haushalte nicht in bestimmten Gebäuden konzentriert sind, wird es schwierig sein, die Politik gezielt auszurichten. Die Schwierigkeit, vulnerable Haushalte zu definieren, wird ebenfalls ein Problem darstellen. Es muss sichergestellt werden, dass eine solche Politik nicht als direkte Subvention für Vermieter*innen wirkt, indem sie den Wert ihres Vermögens ohne Kosten für sie steigert (ohne die beabsichtigten sozialen Ziele zu erreichen).	Den Kommentaren der FEF-Teilnehmer*innen zufolge sollte jede Renovierung sorgfältig geplant werden, um den Energiebedarf spürbar zu senken und folglich Kosten zu sparen. Dennoch sollten umweltfreundliche Materialien und Technologien verwendet werden, um den Kohlenstoff-Fußabdruck von Renovierungen zu reduzieren. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass sich Hausbesitzer mit geringeren finanziellen Mitteln Renovierungen oft nicht leisten können und speziell gefördert werden müssen. Am wichtigsten ist, dass die Miete als Folge der Renovierung nicht steigen sollte.	Je nachdem, wie breit die Zielsetzung ist, könnte dies eine sehr teure Maßnahme sein. Die derzeitigen Mittel für Renovierungen und Nachrüstungen könnten, wie von den Teilnehmer*innen erwähnt, neu zugewiesen werden, wobei die Mittel gezielter auf vulnerable Haushalte ausgerichtet werden könnten.

(3) Verbesserung der Zugänglichkeit von "Mieterstrom"

Mieterstrommodelle sind eine Alternative zu den traditionellen Einzelhandelsanbietern. Die Mieter*innen beziehen ihren Strom direkt von einer Solaranlage auf dem Dach ihres Gebäudes oder in unmittelbarer Nähe. Der von der PV-Anlage erzeugte Strom sollte nicht durch das Netz fließen, um Verbraucher*innen zu erreichen. Darüber hinaus handelt der Erzeuger bzw. Lieferant wie ein normaler Versorger mit allen damit verbundenen Verpflichtungen. Mieterstrom kann die Zahl der auf Gebäuden installierten PV-Anlagen erhöhen, das Bewusstsein für erneuerbare Energien schärfen und sozial und ökonomisch benachteiligte Gruppen direkt in die Energiewende einbeziehen.

Interessenskonflikt (Expert*innen)	Anforderungen an die Umsetzung (Zielgruppe)	Finanzierung (Expert*innen)
Es gibt keine Interessenkonflikte. Mieterstrommodelle stehen auf dem Einzelhandelsmarkt in freiem Wettbewerb mit den traditionellen Einzelhandelsanbietern.	Eine wichtige Überlegung der FEF-Teilnehmer*innen bei der Umsetzung ist die ausreichende Finanzierung durch den Staat. Die Bürger*innen müssen für Energiesparen, nachhaltiges Verhalten und die Nutzung von Ökostrom belohnt werden. Da Solarzellen naturgemäß nur tagsüber Energie produzieren, ist es wichtig, dass die Energie gespeichert werden kann. Schließlich sollte sichergestellt werden, dass Mieterstrom nicht teurer ist als herkömmliche Optionen.	Mieterstromanlagen erhalten 20 Jahre lang eine Einspeisevergütung. Diese wird derzeit aus der EEG-Umlage bezahlt, die ausläuft und künftig aus den CO ₂ -Preiserlösen bezahlt wird.

(4) Ausweitung der Tauschprogramme von Elektrogeräten

Eine sehr einfache Maßnahme, die bereits im Rahmen von Projekten wie dem Stromsparmcheck (der von der Caritas durchgeführt wird) umgesetzt wird, bei dem alte, ineffiziente Geräte gegen neuere, effizientere ausgetauscht werden, um Energie zu sparen. Ähnlich wie eine schlechte Isolierung können ineffiziente Haushaltsgeräte die Energierechnungen stark erhöhen und damit auch die negativen Auswirkungen auf das Klima verschärfen. Geräte, die älter als zehn Jahre sind, verbrauchen deutlich mehr als moderne Geräte. Das aktuelle Programm von Stromsparmcheck bezieht sich auf Kühl- und Gefriergeräte und wird mit 100 Euro bezuschusst, wobei je nach Stadt oder Region weitere Mittel zur Verfügung stehen. Dies könnte auf andere elektronische Geräte wie Waschmaschinen und elektrische Warmwasserbereiter ausgeweitet werden. Diese Mikroeingriffe können ab sofort erhebliche Energie und damit auch Geld sparen.

Interessenskonflikt (Expert*innen)	Anforderungen an die Umsetzung (Zielgruppe)	Finanzierung (Expert*innen)
Es wurde kein Interessenkonflikt in Bezug auf diese Politik festgestellt.	Wichtig ist, welche Elektrogeräte ausgetauscht werden können. Einige Teilnehmer*innen sind dafür, dass alle Arten von Geräten (Kühlgeräte, Waschmaschinen, Geschirrspüler und Fernseher) ausgetauscht werden können, andere sind dafür, dass nur Kühlgeräte ausgetauscht werden dürfen. Die Größe und der Energieverbrauch der austauschbaren Geräte sollten	Die Städte und Staaten arbeiten bereits mit der Caritas bei der Umsetzung dieses Programms zusammen. Die Finanzierung könnte leicht aufgestockt werden, um mehr Produktkategorien abzudecken und/oder die Finanzierung pro Gerät zu erhöhen.

	festgelegt werden, um unnötige Großgeräte nicht zu begünstigen. In einem aktuellen Projekt der Caritas können nur große Kühlschränke ausgetauscht werden. Es müssen jedoch auch Kühlschränke von Einpersonenhaushalten berücksichtigt werden. Schließlich sollten die Anschlussgebühren und Transportkosten übernommen werden.	
--	--	--

2.3 Kommunikation

Eine wichtige Frage, die von den Expert*innen erörtert wurde, ist die Notwendigkeit, zwischen Preiserhöhungen, die durch klimapolitische Maßnahmen verursacht werden, und solchen, die z. B. durch die Energiekrise verursacht werden, zu unterscheiden. Mit Blick auf das Ziel, die öffentliche Unterstützung für die Klimapolitik und die Energiewende zu erhöhen, ist es für die Bürger*innen entscheidend, zwischen Ursache und Wirkung unterscheiden zu können. Der Krieg in der Ukraine hat diese Kausalität leichter erkennbar gemacht als die vorangegangene Energiekrise. Dennoch ist es von entscheidender Bedeutung, die Auswirkungen der politischen Maßnahmen auf die Haushalte und die Gründe für ihre Umsetzung klar zu kommunizieren, und zwar in nicht abstrakten Begriffen, die für die Bürger*innen greifbar sind.

Insbesondere in Bezug auf vulnerable Bürger*innen, wie sie anhand der Personas dargestellt wurden, wurden einige Punkte angesprochen. Erstens räumten die Expert*innen ein, dass insbesondere sozial und ökonomisch benachteiligte Bürger*innen keinen Zugang zu den politischen Stellen haben, in denen sie ihre Beschwerden vorbringen, sich Gehör verschaffen und zum öffentlichen Diskurs beitragen können. Dies steht in engem Zusammenhang mit dem zweiten Punkt, dass die Kommunikation über klimapolitische Maßnahmen die schwächsten Bevölkerungsgruppen nicht erreicht und dass maßgeschneiderte Kommunikationsstrategien erforderlich sind, um diese Bürger*innen mit ins Boot zu holen. Programme wie der Caritas-Stromsparmcheck, die direkt mit vulnerablen Haushalten arbeiten und Umwelt- und Energiethemen ansprechen, sind ein beispielhafter direkter Kommunikationskanal. Sowohl Expert*innen als auch FEF-Teilnehmer*innen schlugen dies unabhängig voneinander vor. Darüber hinaus forderten die Expert*innen auch bürgernahe Institutionen, die Belastungen abbauen und sich unbürokratisch um die Bedürfnisse vulnerabler Bürger*innen kümmern können. Auch hier wurde der Caritas-Stromsparmcheck genannt, aber auch andere Ansätze wie Bürgerberatungsstellen in denen Beratung und Unterstützung kostenlos und ohne Diskriminierung oder bürokratische Hürden angeboten werden. Schließlich ist es eine Herausforderung, Menschen mit Hilfsangeboten zu erreichen, wenn es sich um vulnerable Bürger*innen handelt. Bürger*innen, die als vulnerabel gelten, aber keine soziale Unterstützung erhalten und daher nicht leicht in einem Register zu finden sind, sind schwer zu identifizieren und mit Hilfsangeboten zu erreichen. Hier können verschiedene Akteure einbezogen werden, um diese Haushalte zu erreichen, z. B. Arbeitsämter, Schuldnerberatungsstellen oder soziale Organisationen, die dabei helfen können, die Lücken bei der Ermittlung von Haushalten zu schließen, die von Informationsmaterial und Beratung, z. B. in Bezug auf Energieeffizienz, sehr profitieren würden. Natürlich müsste dieser Informationsaustausch im Einklang mit den Datenschutzbestimmungen erfolgen.

Auf der anderen Seite wiesen einige Expert*innen auf die Notwendigkeit eines realistischen Erwartungsmanagements bei den Bürger*innen hin, wenn es um die Makroziele der Energiewende geht. Die Energiewende ist ein enormer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Umbruch, der sich auf das Leben der Menschen auswirken wird, dies darf nicht heruntergespielt oder durch pauschale Entlastungsmaßnahmen "zugedeckt" werden. Die Umsetzung oder das Versprechen von Erleichterungen verzögert nur die Verhaltensänderung als Reaktion auf die Preissignale. Stattdessen muss sich die Kommunikation darauf konzentrieren, welche Verhaltensänderungen vorgenommen werden können und sollten, um das persönliche Verhalten mit den Zielen der Energiewende in Einklang zu bringen.

Schließlich kann eine verstärkte Kommunikation mit der Zielgruppe und eine leicht verständliche Sprache mehr Menschen erreichen und das Engagement der Zielgruppe sowie die Wirkung der Maßnahmen erhöhen.

2.4 Weitere Erkenntnisse, Empfehlungen und Beobachtungen

Eine wichtige Erkenntnis war der Konsens, dass Preissignale über einen längeren Zeitraum hinweg wirken müssen, bis eine Verhaltensänderung eintritt. Jedes Preisinstrument verringert die Wirkung von Preissignalen. Es ist wichtig, die Belastung für sozial und ökonomisch benachteiligte Bürger*innen zu verringern. Die Belastung wird sich jedoch auf die gesamte Gesellschaft auswirken, so dass es unrealistisch ist, eine Gruppe vollständig zu schützen. Die Expert*innen warnten vor allzu optimistischen Aussichten für die Energiewende, insbesondere auf kurze Sicht müssen die Bürger*innen verstehen, dass die Energiewende ein langwieriger Prozess ist und nicht sofort zu einer "grünen Utopie" führen wird.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Frage der Gerechtigkeit zwischen Haushalten mit niedrigem Einkommen und sozial und/ oder ökonomisch benachteiligten Haushalten. Die Grenzen können fließend sein, und die Regierung muss vorsichtig sein, wenn sie der einen Gruppe großzügige Erleichterungen anbietet, während sie den Bürger*innen, die sich nicht viel besser gestellt fühlen als die Gruppe, die mehr Unterstützung erhält, weniger großzügige Hilfe und Unterstützung bietet. Außerdem ist die Zielgruppe in Deutschland sehr klein und hat daher kein großes politisches Gewicht. Die Rolle der Randgruppen im politischen Prozess muss gestärkt und ausgebaut werden, aber die politischen Entscheidungsträger müssen das richtige Gleichgewicht zwischen diesen vulnerablen Gruppen und der breiten Öffentlichkeit finden, die ebenfalls von den gleichen Themen und Problemen betroffen ist.

Bei der Diskussion der politischen Empfehlungen mit den Teilnehmer*innen während des FEF wurden auch einige andere Themen im Zusammenhang mit Fairness angesprochen. Im Allgemeinen gab es eine grundsätzliche Unterstützung für die vorgeschlagenen Maßnahmen. Eine individuelle Energieberatung kann der Schlüssel zur Senkung des Energieverbrauchs sein und ist für jeden zugänglich. Auch die Beratung in Gruppen von mehreren Haushalten ist bereits sinnvoll und kann die Zahl der erforderlichen Personen reduzieren. Insbesondere während der jüngsten Energiekrise im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg wiesen die Teilnehmer darauf hin, dass jeder seinen Energieverbrauch kennen sollte. Fairness war ein wichtiges Schlagwort bei der Diskussion darüber, wer für die Energiewende zahlen sollte, wer in den Genuss von Subventionen kommen sollte und wie die Zielgruppen in den politischen Empfehlungen angesprochen werden sollten. Bei den meisten Maßnahmen in den Bereichen Wohnen und Verkehr sollten beispielsweise individuelle Lösungen für bestimmte Gruppen wie Rentner*innen, Arbeitslose, Schüler*innen und Studenten*innen angestrebt werden, da diese oft sehr unterschiedliche Bedürfnisse haben. Die Maßnahmen für jede Gruppe sollten jedoch in allen Bundesländern standardisiert werden, um ihre Anwendung zu maximieren und die öffentliche Akzeptanz zu erhöhen.

3 Danksagungen

Wir möchten uns bei allen Teilnehmer*innen der Fokusgruppen, allen Vermittler*innen die uns bei der Herstellung von Kontakten zu Teilnehmer*innen und der Umsetzung der Fokusgruppen, Expert*innentreffen und des Forum Faire Energiewende (FEF) geholfen haben für ihre engagierte Teilnahme und Diskussion bedanken. Dazu gehörten die Identifizierung der sozialen Herausforderungen der Energiewende, die wertvolle Diskussion über mögliche Gegenmaßnahmen sowie das Feedback der Teilnehmer*innen des Forum Faire Energiewende zu den politischen Empfehlungen. Sie lieferten wichtige Einblicke in ihre alltäglichen Anwendungen und Kämpfe beim Energiesparen und wie mögliche Maßnahmen die Zielgruppe besser ansprechen können.

Liste der Vermittler zu den Fokusgruppen:

Caritasverband Berlin e.V.: Stromspar-Check, Berlin
Caritasverband Dortmund e.V.: Stromspar-Check, Dortmund
Caritasverband Düsseldorf e.V.: Stromspar-Check, Düsseldorf
Evangelische Familienbildungsstätte Werra-Meissner, Eschwege
DRK Welcome-Point Hassel Nord, Düsseldorf
ESTAruppin e.V., Neuruppin
JOBLINGE, Berlin
Jugend in Arbeit e.V., Marl
RUHRWERKSTATT – Kultur-Arbeit im Revier, Oberhausen

Liste der Teilnehmer des Expert*innentreffens:

1. **Audrey Dobbins**, *Universität Stuttgart*
Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Stuttgart. Sie ist spezialisiert auf Energieökonomie und sozialwissenschaftliche Analysen, ihr Promotionsthema ist Energiearmut.
2. **Anna Wolff**, *Deutsche Umwelthilfe*
Projektleiterin: Energie und Klimaschutz.
3. **Dr. Philipp Biermann**, *Universität Magdeburg*
Lehrstuhlinhaber der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Magdeburg mit dem Schwerpunkt Wirtschaftspolitik. Dr. Biermanns Forschung liegt an der Schnittstelle von Energiepolitik und subjektivem Wohlbefinden.
4. **Dr. Michael Pahle**, *Potsdam-Institute für Klimafolgenforschung(PIK)*
Leiter der Arbeitsgruppe "Klima- und Energiepolitik". Dr. Pahles Forschungsschwerpunkt liegt auf der Bepreisung von Kohlenstoff und seine jüngsten Veröffentlichungen in Fachzeitschriften konzentrieren sich auf Fairness und Akzeptanz.
5. **Dr. Antonia Schwarz**, *Potsdam-Institute für Klimafolgenforschung*
Postdoktorandin in der Abteilung Transformationspfade, Teil der Arbeitsgruppe Klima- und Energiepolitik mit dem Schwerpunkt Kohlenstoffbesteuerung.
6. **Michel Picke**, *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Verbraucherschutz*
Referent im Referat für soziale Angelegenheiten, Umweltpolitik und soziale Gerechtigkeit.
7. **Vera Günther**, *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Verbraucherschutz*

Senior-Referentin im Referat für sozial gerechte Klimaschutzpolitik, Klimaschutz & Akzeptanz

8. **Laurenz Hermann**, *CO₂ Online*
Senior Berater bei CO₂ Online. Herr Herrmann betreut im Auftrag öffentlicher Auftraggeber Projekte zu den Themen Energiemonitoring und Industriesanierung.
9. **Marlene Potthoff**, *Caritasverband Frankfurt*
Projektleiterin des Bundesprojekts "Stromsparcheck Aktiv" der Caritas Deutschland.
10. **Astrid Schaffert**, *Caritasverband Germany*
Referentin beim Deutschen Caritasverband für die Bereiche Organisation, Strategie und Theologie.
11. **Prof. Dr. Katrin Großmann**, *Fachhochschule Erfurt*
Professorin für Stadt- und Raumsoziologie im Fachbereich Architektur und Stadtplanung der Fachhochschule Erfurt.
12. **Dr. Eva-Maria Mädje**, *Bundesministerium für Arbeit und Soziales*
Referentin im Referat "Soziale Dimension, Klima- und Umweltpolitik und Nachhaltigkeitsstrategie" mit dem Schwerpunkt Mobilität.
13. **Lisa Bundke**, *Bundesministerium für Arbeit und Soziales*
Referentin im Referat "Soziale Dimension, Klima- und Umweltpolitik, Nachhaltigkeitsstrategie" mit dem Schwerpunkt Wohnen.
14. **Carolin Oppenrieder**, *Caritasverband Frankfurt*
Regionalkoordinatorin beim Caritasverband Frankfurt e.V.

4 Anhang

Ergebnisse des FEF

Im Folgenden werden die Empfehlungen nach der Priorisierung der Expert*innen und FEF-Teilnehmer*innen aufgelistet und mit Kommentaren versehen. Diese Kommentare berücksichtigen Fragen zu wichtigen Überlegungen für die Umsetzung, was Politiker*innen bei der Umsetzung dieser Maßnahmen wissen sollten, was für die Umsetzung notwendig ist und wann die Empfehlungen gerecht sind.

Die Priorisierung der Expert*innen erfolgt jeweils von 1 bis 4 für den Verkehrs- und den Wohnungssektor. Die Priorisierung der Teilnehmer*innen erfolgt von 1 bis 8 nach ihrer Gesamtpriorisierung unabhängig vom jeweiligen Sektor.

Table 2: Empfehlungen und Kommentare für den Bereich „Verkehr“.

	Kostenloser ÖPNV	365€ "Klimaticket"	Verbesserung der Fahrradinfrastruktur	Umwidmung von öffentlichen Flächen
Priorisierung Expert*innen	1	2	3	4
Priorisierung Bürger*innen	7	8	5	4
Kommentar #1	Es sollte bedacht werden, dass mehr Kapazität benötigt wird, um die gestiegene Zahl der Kunden zu befördern. Darüber hinaus muss das öffentliche Verkehrssystem zuverlässig sein.	365 € sind zu viel Geld, um sie auf einmal zu bezahlen. Selbst 30 € im Monat sind in manchen Fällen zu viel. Außerdem fahren viele Menschen im Sommer mehr mit dem Fahrrad und benutzen weniger den Zug. Ein weiterer Vorschlag: Man sollte 1€ pro angefallenen Tag bezahlen (Einführung eines Prepaid-Systems)	In einem Gesamtkonzept muss darauf geachtet werden, dass ausreichend Platz für Radverkehr, Autos und Fußgänger vorhanden ist.	Es muss darauf geachtet werden, dass der öffentliche Raum barrierefrei gestaltet ist (z.B. Rampen, Sitzgelegenheiten für Behinderte).
Kommentar #2	Die Maßnahme sollte nur umgesetzt werden, wenn es für ganz	Individuelle Förderung und flexible Konzepte müssen unter Berücksichtigung	Es müssen sowohl übergreifende als auch individuelle Lösungen gefunden werden	Es muss darauf geachtet werden, dass der Schutz aller Personen, die am öffentlichen

	<p>Deutschland einheitliche Regelungen für die Nutzung und Finanzierung gibt.</p> <p>(Die Frage, ob ein Fahrradtransport möglich sein soll, wurde kontrovers diskutiert.)</p>	<p>verschiedener Gruppen gefunden werden</p>	<p>(besondere Bedürfnisse von benachteiligten Gruppen).</p>	<p>Nahverkehr teilnehmen, gewährleistet ist. Dies gilt insbesondere für beeinträchtigte und eingeschränkte Personen. Zu diesem Zweck sind alle Gruppen in den Planungsprozess einzubeziehen.</p>
Kommentar #3	<p>Es müssen kreative Anreize geschaffen werden, um die Menschen zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu motivieren. Beispielsweise könnte der öffentliche Verkehr bei Abgabe des Führerscheins kostenlos sein oder an Ehrenämter gekoppelt werden.</p>	<p>Bei der Umsetzung muss berücksichtigt werden, dass reiche Menschen mehr zahlen können und sollten ("starke Schultern können mehr tragen"). Die Finanzierungsmodelle sollten einkommensabhängig, aber für alle erschwinglicher sein.</p>	<p>Diese Maßnahme sollte erst umgesetzt werden, wenn die Wartung und Pflege der Radwege geklärt ist.</p>	<p>Bei der Einrichtung von autofreien Zonen muss berücksichtigt werden, dass es feste Zeitfenster für den Lieferverkehr gibt. Außerdem sollte eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden, die die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Gruppen (Krankentransport, Einkaufen etc.) berücksichtigt.</p>
Kommentar #4	<p>Die Maßnahme sollte nur durchgeführt werden, wenn die Anbindung der ländlichen Gebiete gewährleistet ist.</p>	<p>Es sollte berücksichtigt werden, dass verschiedene Gruppen (Schüler, Studenten, Menschen mit Behinderungen usw.) unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen haben.</p>	<p>Diese Maßnahme sollte nur mit einem Konzept zur klaren Trennung von Rad- und Autoverkehr zum Schutz der Radfahrer umgesetzt werden. Dabei sollte insbesondere auf kinderfreundliche Radwege geachtet werden.</p>	<p>Es ist zu bedenken, dass sich der Verkehrsschutz mit Ideen für mehr Grünflächen verbinden lässt. Mehr Grünflächen dienen auch dem Klimaschutz und dem Tierschutz. Zum Beispiel können Wildblumen gesät und mobile</p>

				Grünflächen angelegt werden.
Kommentar #5				Die Maßnahme sollte nur durchgeführt werden, wenn die Grünflächen regelmäßig gereinigt und gepflegt werden.

Table 3: Empfehlungen und Kommentare für den Bereich „Wohnen“

	Basis-Energieversorgung	Energieeffiziente Renovierungen	Verbesserung der Zugänglichkeit von „Mieterstrom“	Ausweitung der Tauschprogramme von Elektrogeräten
Priorisierung Expert*innen	1	2	3	4
Priorisierung Bürger*innen	1	6	3	2
Kommentar #1	Bei der Umsetzung dieser Empfehlung müssen Begünstigte, Personen mit chronischen Krankheiten, Behinderte, Rentner, Arbeitslose, finanziell Schwache usw. in die Berechnung einbezogen werden, wobei sie eine großzügigere Beihilfe erhalten. Der Grund dafür ist, dass sie mehr zu Hause sind (arbeitslos) und andere Bedürfnisse haben als der	Diese Maßnahme sollte nur durchgeführt werden, wenn die Renovierung gut geplant ist und wirklich zu einer langfristigen Kosteneinsparung führt.	Diese Maßnahme sollte nur durchgeführt werden, wenn die Subvention hoch genug ist. Die Bürger sollten belohnt werden, wenn sie sich nachhaltig verhalten und Ökostrom beziehen.	Es muss im Voraus festgelegt werden, welche Geräte ausgetauscht werden können. Diskussionspunkt: Sollen alle Geräte oder nur bestimmte Geräte ausgetauscht werden können? Die meisten Teilnehmer sprechen sich dafür aus, vor allem notwendige Haushaltsgeräte auszutauschen, darunter nicht nur Kühlschränke, sondern auch Waschmaschinen, Geschirrspüler und Fernsehgeräte.

	<p>Durchschnittsbürger.</p> <p>Manche brauchen zum Beispiel mehr Wärme. Das führt dazu, dass die Stromkosten etwa 1,5x höher sind als beim Durchschnittsdeutschen.</p>			<p>Nur wenige Teilnehmer sprechen sich für den alleinigen Austausch von Kühlschränken aus. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob nur Geräte ausgetauscht werden, die ein bestimmtes Einsparpotenzial haben (ab einer bestimmten Gerätegröße) oder alle Geräte, die kaputt sind (also auch kleinere).</p>
Kommentar #2	<p>Es muss geprüft werden, ob der erhöhte Energieverbrauch auf das Verhalten der Mieter zurückzuführen ist oder ob das Haus/die Wohnung nicht energieeffizient ist. Wenn dies der Fall ist, sollten die Heiz- und Stromkosten zwischen Mieter und Vermieter geteilt werden. Wenn der Vermieter an den Kosten beteiligt wird, hat er einen Anreiz, energieeffiziente Renovierungen vorzunehmen.</p>	<p>Bei der Umsetzung ist die Verwendung umweltfreundlicher Materialien zu berücksichtigen, so dass die Renovierung insgesamt umweltfreundlich wirkt.</p>	<p>Es muss berücksichtigt werden, dass Energie/Strom flexibel genutzt werden kann. Gerade an Tagen, an denen witterungsbedingt wenig Strom über Solaranlagen erzeugt werden kann, ist es wichtig, die Energieversorgung weiterhin zu sichern.</p>	<p>Diese Maßnahme sollte nur durchgeführt werden, wenn auch Kühlschränke von Ein-Personen-Haushalten ausgetauscht werden. Derzeit können nur große Kühlschränke oder Kühlschränke mit einem bestimmten Einsparpotenzial ausgetauscht werden.</p>
Kommentar #3	<p>Die Grundgebühren für die Energienutzung sollen grundsätzlich</p>	<p>Bei der Umsetzung muss berücksichtigt werden, dass die Mieter keinen Einfluss auf die Sanierung ihrer</p>	<p>Diese Maßnahme sollte nur durchgeführt werden, wenn transparent kommuniziert wird,</p>	<p>Diese Empfehlung sollte nur umgesetzt werden, wenn die Anschlussgebühren und</p>

	abgeschafft werden.	Mietwohnung/ihrer Hauses haben.	woher der Strom kommt (ist es wirklich Ökostrom oder konventioneller Strom?).	Transportkosten nicht von Privatpersonen getragen werden.
Kommentar #4	Es muss berücksichtigt werden, dass die Mieter unterschiedliche Einkommen haben. Uneinigkeit über die Frage der Gerechtigkeit: (1) gerecht, wenn die Begünstigten eine höhere Beihilfe erhalten oder (2) gerecht, wenn alle gleich behandelt werden.	Für manche Wohnungs-/Hauseigentümer ist eine Sanierung nicht erschwinglich. Eigentümer mit geringem Einkommen können sich eine Renovierung oft nicht leisten. Es gibt auch "soziale Vermieter", die wenig Miete verlangen und daher weniger Geld für Renovierungen haben. Die Umsetzung erfordert entsprechende Zuschüsse des Staates.	Diese Maßnahme sollte nur durchgeführt werden, wenn der Strom für den Verbraucher nicht teurer wird. Erneuerbare Energien sollten bezahlbar sein.	
Kommentar #5	Es ist zu berücksichtigen, dass der Stromverbrauch nicht immer genau auf die verschiedenen Haushalte aufgeteilt werden kann (oft gibt es nur einen zentralen Zähler pro Haus und nicht pro Haushalt). Alleinlebende werden benachteiligt, weil sie in einer proportional größeren Wohnung leben, aber weniger verbrauchen als z.	Diese Maßnahme sollte nur durchgeführt werden, wenn die Mietkosten durch die Renovierung nicht enorm ansteigen. Ein Teilnehmer berichtet, dass die Heizkosten durch die Renovierung billiger geworden sind, aber die Miete gestiegen ist.		

	B. Familien. Die Einrichtung von individuellen Zählern pro Haushalt wäre jedoch kostspielig.			
Kommentar #6		Anstelle von Renovierungen können auch zuverlässige ältere Bautechniken, die eine gute Isolierung und Energieeinsparungen ermöglichen, eine Option sein.		
Kommentar #7		Gebäude in öffentlichem Besitz und Wohnungsbaugenossenschaften sollten verpflichtet werden, kohlenstoffneutral zu werden.		

Adelphi

adelphi ist Europas führender unabhängiger Think-and-Do-Tank für Klima, Umwelt und Entwicklung. Als strategische Politikberatung setzen wir uns ein für einen gerechten transformativen Wandel und eine lebenswerte und zukunftsfähige Gesellschaft. 280 kluge Köpfe arbeiten lokal und global zu Umwelt und Nachhaltigkeit und den Herausforderungen politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen. Wir sind Zukunftsagentinnen in einem globalen Netzwerk aus Strategen, Praktikerinnen, Vor- und Nachdenkern. Durch transdisziplinäre Forschung, evidenzbasierte Beratung und im Dialog mit politischen und gesellschaftlichen Akteuren und Unternehmen gestalten wir politische Agenden, vermitteln Themen im politischen Raum und unterstützen Entscheiderinnen.

Seit 2001 haben wir auf diese Weise weltweit mehr als 1.000 Projekte für zahlreiche internationale Auftraggeber und Partnerorganisationen in den Handlungsfeldern **Energie, Klima, Ressourcen, Finance, Diplomatie** und **Wirtschaft** verwirklicht.

Nachhaltigkeit ist die Grundlage unseres Handelns, nach innen und außen. Wir setzen uns für eine **enkeltaugliche Zukunft** ein, reduzieren, wo wir können, unsere CO₂-Emissionen und kompensieren die aktuell nicht-vermeidbaren. Wir beziehen zu 100 Prozent Ökostrom, setzen konsequent auf eine umweltfreundliche sowie sozialverträgliche Beschaffung und nutzen ethische Finanzdienstleistungen. Mit unserer Projektarbeit tragen wir zur Steigerung einer positiven Umweltleistung bei. Die Zuständigkeiten und Abläufe unseres betrieblichen Umweltschutzes sind nach dem EMAS-Gütesiegel, der höchsten europäischen Auszeichnung für ein systematisches Umweltmanagementsystem zertifiziert.

Andreas Schneller

Senior Manager

schneller@adelphi.de

www.adelphi.de

ifok

Gegründet 1995, ist **ifok** heute eine der führenden Strategie- und Kommunikationsberatungen in Deutschland. Rund 260 Mitarbeiter arbeiten in Bensheim, Berlin, Düsseldorf, München und Brüssel für Kunden in Deutschland und weltweit. ifok ist Teil der internationalen Cadmus Gruppe mit insgesamt rund 600 Mitarbeitern an 20 Standorten in Europa, den USA und Asien.

Wir gestalten komplexe Transformationen - und zwar in allen Phasen, von der Strategie bis zur Umsetzung. Das Ergebnis unserer Arbeit sind wegweisende Strategien, innovative Lösungen und starke Allianzen. Dialog und Kommunikation, technische Expertise und neutrale Moderation sind unser Handwerkszeug. Wir bauen Netzwerke auf und beziehen alle ein, die neue Erkenntnisse liefern. So schaffen wir konsensfähige Ergebnisse mit Wirkung.

Digitalisierung und Industrie 4.0, Energie und Klima, Mobilität, Infrastrukturentwicklung, Open Government, Nachhaltigkeitsstrategien in Gesellschaft und Wirtschaft, Gesundheit und die Zukunft der Arbeit sind unsere Themen. Für unsere Kunden aus dem öffentlichen Sektor, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft setzen wir auf Effizienz und bieten alle Leistungen integriert unter einem Dach an: Strategieberatung, Dialog und Stakeholder-Beteiligung, Moderation und Mediation, Netzwerk- und Change-Management, Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen, digitale Kommunikation und E-Partizipation, Veranstaltungsmanagement sowie Büro- und Projektmanagement.

Jennifer Rübel

Senior Consultant

jennifer.ruebel@ifok.de

www.ifok.de